

Wöchentlich 50 Pf., monatlich 1.50 M., im Voraus zahlbar, Vierteljahr 4.50 M., einschließlich Postgebühren. Auslandsendungen 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich drei mal, Sonntags und Feiertagen ausnahmslos, die Abendsausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilagen: „Welt und Zeit“ und „Kinobetrachtungen“, „Berliner Unterhaltung und Wollen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bürgerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration des Personalverkehrs in Berlin, insbesondere in den Reichsmark, „Reine Wagnisse“ des einzelnen Wortes 25 Pfennig (Gulden) und 12 Pfennig, Streifenpreise das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 66 Pfennig. Familienangelegenheiten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags, von 9-12 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köndhoff 195-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vertriebskonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wollfr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

Richtlinien für die Sachverständigen.

Interalliierte Einigung über die Reparationsverhandlungen.

Paris, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen über die Einberufung der Sachverständigenkommission stehen nunmehr, wie ein amtliches Kommuniqué mitteilt, unmittelbar vor ihrem Abschluß. Die Einigung unter den beteiligten Mächten ist auf folgender Grundlage erzielt worden:

Die Sachverständigen werden unabhängig sein. Die Kommission wird sich ausschließlich aus führenden Finanzfachleuten zusammensetzen. Die Regierungen können die Vorschläge der Kommission annehmen oder ablehnen. Die alliierten Sachverständigen werden von den Regierungen beauftragt und von der Reparationskommission ernannt. Die deutsche Regierung ernennt ihre Sachverständigen selbst, sei es direkt oder durch Vermittlung der Kriegskostenkommission. Die deutschen Sachverständigen haben gleiche Rechte mit denen der Alliierten. Die Vereinigten Staaten werden zur Teilnahme eingeladen, und zwar durch die Reparationskommission. Die amerikanischen Sachverständigen werden

jedoch kein „offizielles Mandat“ haben. Die Kommission tritt in Paris zusammen und bestimmt hier den endgültigen Sitz der Konferenz, der voraussichtlich Paris sein wird. Es soll ihr freigestellt bleiben, ihren Sitz vorübergehend nach Berlin zu verlegen.

Die Frage des Mandats der Sachverständigen ist gegen Deutschland entschieden worden. Die deutsche Regierung hatte den Standpunkt vertreten, daß dieses Mandat bereits in der Genfer Vereinbarung vom 16. September genügend umschrieben und eine Präzisierung insofern überflüssig sei. Unter dem Einfluß Frankreichs haben sich die alliierten Regierungen nunmehr doch für eine genaue Festlegung des Aufgabebereichs entschieden: Sie soll die im Dawes-Plan offengelassene Zahl der Reparationsannuitäten bestimmen und darüber hinaus ein Programm für die Kommerzialisierung der deutschen Gesamtschuld aufstellen. Die Entschieden werden an die Reparationskommission übermitteln, die sie ihrerseits an die beteiligten Regierungen weiter leiten soll.

Leistung oder Geldbeutel?

Der Unfug des Berechtigungswesens.

Von einem Berufsberater.

Das Berechtigungswesen steht augenblicklich im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. Wer die Mißstände ernsthaft beiseitigen will, muß zunächst nach der Ursache des Übels suchen, um zu erfahren, wo der Hebel angefaßt werden muß. Die Quelle des Übels ist das schlechte Beispiel, das Staat und Gemeinde mit ihren Anstellungsgrundrissen der Wirtschaft geben.

Was soll man dazu sagen, wenn beispielsweise bei der Reichsbahn ein Volksschüler, der über die praktische Lehre und Gesellenzeit und fünf Semester währenden Besuch einer staatlichen Baugewerkschule sich zum Techniker durchgearbeitet hat, geringer bezahlt wird als sein Fachgenosse, der bei gleicher Arbeitsleistung einzig den immerhin zweifelhaften Vorzug der mittleren Schulreife besitzt, dabei aber nur über eine im Höchstsfall zwei- bis zweieinhalbjährige Praxis verfügt.

Noch viele solcher unverständlichen Dinge gibt es. Zum Beispiel beim Gewerbelehrer: ein Oberstudienrat mit zweijähriger Praxis oder ein Volksschullehrer mit vierjähriger Berufsausbildung macht auf einer höheren Maschinenbau- oder Baugewerkschule seinen Techniker. Die Ausbildung währt dort fünf Semester. Durch Fleiß und Weiterbildung hat sich dieser junge Techniker zum Vorführer oder Betriebsleiter emporgearbeitet. Hier hat er Gelegenheit, sich praktisch hervorragend zu betätigen, außerdem werden unter seiner Leitung Lehrlinge und Praktikanten ausgebildet. Will der Betreffende jetzt Gewerbelehrer werden, so muß er nach den zurzeit geltenden Bestimmungen vier Semester das staatliche berufspädagogische Institut besuchen. Ein Abiturient dagegen, der mit drei Semestern Praxis und vier Jahren zweijähriger Praxis seinen Diplomingenieur auf der Technischen Hochschule gemacht hat, wird ohne weiteres für befähigt gehalten, sich das gleiche pädagogische Wissen schon in zwei Semestern anzueignen. Wo bleibt hier die Anerkennung der praktischen Arbeit und der sich durch Selbststudium heranzubildenden Menschen? Heißt das alles etwa: „Freie Bahn dem Tüchtigen?“ Besonders wenn man bedenkt, daß die Bestrebungen in den Kreisen der Gewerbelehrer neuerdings darauf hinauslaufen, ohne ein Abitur überhaupt niemanden mehr zum Beruf des Gewerbelehrers zuzulassen.

So sieht es aber allenthalben aus. Das Berechtigungswesen erweist sich allgemein als Schraube ohne Ende. Keiner wagt Halt zu gebieten. Die höheren Schulen haben ein gewisses und von ihrem Standpunkt auch verständliches Interesse daran, die Frequenz der Schule nicht sinken zu lassen. Die Elternschaft wieder würde sehr gern ihre Kinder in der Volksschule belassen, um sie dort für den praktischen Beruf vorzubereiten und auf dieser Grundlage weiter bilden zu lassen. Lediglich die Angst, daß sie im Berufsleben bei den Aufstiegsposten doch abgehängt werden, veranlaßt viele Eltern, die Kinder, und sei es unter noch so großen Opfern, zur höheren Schule zu schicken. Dann entstehen Schülerkatastrophen, wie wir sie in der letzten Zeit erlebt haben. Auf der anderen Seite stehen die Berufsvorstände bzw. die Standesorganisationen der Akademiker, die, unterstützt durch das Verhalten der öffentlichen Behörden und der Wirtschaft, zum Vorteil ihrer Mitglieder bestimmte Privilegien fordern. Hier treibt ein Keil den anderen.

Man glaubt den Zustrom der Jugendlichen zu den gehobeneren Berufen dadurch zu hemmen, daß man die Ausbildungszeit überall verlängert. Heißt es doch, daß auf den staatlichen Baugewerkschulen, höheren Fachschulen, dem berufspädagogischen Institut und ähnlichen Anstalten die Ausbildungszeit um ein bzw. zwei Semester verlängert werden soll. Verschämt wird dies mit dem Vermitteln höherer Wissens begründet. In Wirklichkeit hängt man den strebsamen, aber mittellosen Menschen ab. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit, wie einmal unser Schulsystem noch lange nicht dem Prinzip der Begabung gerecht wird und wie andererseits in manchen Berufskreisen recht eigenartige Methoden angewandt werden, um eine wirtschaftliche Sicherung im Beruf zu erreichen. Es herrscht dort eben der Grundsatz: „Nach mir die Sintflut!“

Wie soll man es verstehen, wenn der preussische Kultusminister in einer Pressebesprechung, die dem Thema „Berechtigungswesen“ gewidmet war, mitteilt, daß sein Ministerium in einer Sitzung des Staatsministeriums mit der Forderung unterlegen ist, daß für die mittlere Beamtenlaufbahn die Obersekundareife ausreichen sollte? Die anderen Ministerien fordern Primareife! Kann man es angesichts solcher Beispiele der Wirtschaft verdenken, wenn sie sich von ihrem bisherigen Prinzip abwendet und sich die gleichen unsinnigen Methoden zu eigen macht? Böse Beispiele verderben hier wirklich gute Sitten. Unsere Parlamente hätten die Pflicht, diese Frage in ihrem gesamten Zusammenhang zu prüfen und vernünftig zu regeln. Es geht nicht an, daß die unhaltbaren Zustände auf dem Gebiete des Berechtigungswesens mit der Ueberfüllung verteidigt werden, und daß der

Der Völkerbund telegraphiert.

Mahnung an Bolivien und Paraguay.

Lugano, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

In zwei vertraulichen Sitzungen besaßte sich der Völkerbundrat am Dienstag mit den Grenzstreitigkeiten zwischen Paraguay und Bolivien. Der § 4 des Völkerbundespaktes verpflichtet den Rat zu solchem Eingreifen, noch ehe sich eine der kämpfenden Parteien an ihn gewandt hat. Monroe doktrin und die Passivität des Völkerbundsmitgliedes Bolivien, das seit 1922 sich nicht mehr auf den Völkerbundsversammlungen vertreten läßt, rufen zur Vorsicht. So wagte kein Staatsmitglied, einen offiziellen Antrag auf Behandlung zu stellen und damit die energischeren Maßnahmen des § 11 des Paktes zu fordern. Der Rat begnügte sich mit einem Telegramm an die beiden Streitenden, in dem er die Hoffnung auf friedliche Beilegung gemäß der von ihnen eingegangenen internationalen Verpflichtungen ausdrückt.

Der Wortlaut der Völkerbundsentscheidung.

Das nach La Paz und Asuncion im Auftrage des Völkerbundsrats durch den amtierenden Völkerbundspräsidenten Briand gerichtete Telegramm lautet:

„In meiner Eigenschaft als amtierender Völkerbundspräsident beehre ich mich, Ihnen folgende vom Völkerbundsrat in seiner heutigen Sitzung einstimmig angenommene Entscheidung zu übermitteln:

Der in Lugano zu seiner 58. Tagung versammelte Völkerbundsrat spricht seine volle Zuerkennung aus, daß die Zwischenfälle, die zwischen zwei Völkerbundsmitgliedern (Bolivien und Paraguay) entstanden sind, sich nicht verschärfen werden. Er bezeugt nicht, daß die beiden Staaten, die durch ihre Unterzeichnung des Völkerbundespaktes sich freiwillig verpflichtet haben, die Lösung von Streitigkeiten, die zwischen ihnen sich erheben sollten, auf friedlichem Wege zu suchen, zu Maßnahmen greifen die im Uebereinstimmung mit ihren internationalen Verpflichtungen und unter den gegenwärtigen Umständen als die empfehlenswertesten erscheinen, um zur Aufrechterhaltung des Friedens eine Beilegung ihres Streitfalles zu erzielen.“

Bolivien gegen Untersuchungsausschuß.

Washington, 11. Dezember.

Die bolivianische Regierung hat das Staatsdepartement davon in Kenntnis gesetzt, daß sie einen Ausschuß zur Prüfung des Konfliktes zwischen Bolivien und Paraguay ablehnt.

König Georgs Zustand fast hoffnungslos

Der Prinz von Wales nach einer Refordreise in London eingetroffen.

London, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Prinz von Wales (Thronfolger), der am 2. Dezember Daresisalam verlassen hat, ist nach einer zehntägigen, ununterbrochenen Reise am Dienstagabend nach London zurückgekehrt. Die Rückreise von Brindisi erfolgte in Sonderzügen, denen von der holländischen, schweizerischen und spanischen Eisenbahnverwaltung jede Bevorzugung vor dem normalen Verkehr zufließt geworden ist. Die Strecke Brindisi-Boulogne konnte daher in der Refordzeit von 28 Stunden zurückgelegt werden.

Die letzten Nachrichten über das Befinden des Königs beweisen, daß die Krise anhält. Der Zustand des Königs wird in London allgemein als fast hoffnungslos betrachtet.

Das künftige Faschistenparlament.

Die berufständische Vertretung.

Rom, 11. Dezember.

Die parlamentarische Kommission die beauftragt war, ein Gutachten über die dem Großen Rat für die „Kandidatenliste“ vorzuschlagenden Körperschaften und die Zahl ihrer Vertreter abzugeben, hat ihre Arbeiten beendet und dem Regierungschef folgende Aufstellung der 216 von den Körperschaften zu stellenden Kandidaturen vorgelegt: Verband der Angestellten und Arbeiter 28, Faschistischer Verband der Volksschulen 10, Eisenbahner 5, Verband der Postangestellten 2, Angestellte bei den Staatsunternehmen 2, Universitäten 20, Mittelschulen 15, Akademien 9, Institute für höhere Kunst 2, Faschistische Kulturinstitute 2, Deutsches

Algerie 2, Frontkämpfer 45, Kriegesbeschädigte 30, Italienisches Nationalzentrum 8, Flottenverein 1, Kolonialinstitut 1, Genossenschaften 1, Sparkassen 1, Aktiengesellschaften 1, Uebarmachung 1, Italienischer Touringclub 1, Italienisches olympisches Komitee 1, Dopa Iapoto 1.

Mussolini antwortete in einem Schreiben, in dem er erklärte, daß der Ausschuß seine Aufgaben hervorragend erfüllt und nicht nur formell, sondern auch dem Geiste nach das Gesetz in glänzender Weise interpretiert habe.

Poincarés Mehrheit verringert sich.

Nur noch 75 Stimmen — Budgetberatung im D-Zug-Tempo

Paris, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Budgetdiskussion in der Kammer vollzieht sich in einem unaufhaltsamen Tempo. Die Regierung stellt bei jedem ihr nicht genehmen Antrag die Vertrauensfrage. Am Dienstag wurde im Verlauf der Debatte über das sogenannte Finanzgesetz, das die Einnahmen des Budgets regelt, ein Antrag der Opposition mit 328 gegen 253 Stimmen abgelehnt.

Parteitag in Magdeburg.

Am 10. März.

Der von dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei für das nächste Frühjahr in Aussicht gestellte Parteitag wird am 10. März in Magdeburg eröffnet. Der Parteitag wird sich vor allem mit dem Wehrproblem befassen.

Auffstieg in der Form eines Wetrennens geregelt wird: „Der den längsten Atem (lies: größten Geldbeutel) hat, gewinnt.“

Unter allen Umständen ist zu verlangen, daß das Leistungsprinzip, das bei den freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten die selbstverständliche Voraussetzung ihrer Förderung bildet, auch bei den Beamten und Angestellten der öffentlichen Behörden in viel stärkerem Maße als bisher Beachtung findet. Damit wäre zunächst schon vieles gewonnen. Nicht die Frage nach der Vorbildung, sondern „was kann der Mensch?“ muß das Primäre sein. Das gleiche gilt auch für den Besuch der höheren Fachschulen. Hier muß der Praktiker, der sich durch Selbststudium entsprechende Kenntnisse angeeignet hat, den im ordentlichen Schulbesuch gebildeten Schüler gleichgestellt sein. Dann wird es sich schon zeigen, wer der Lächerliche ist.

Spricht man mit den Direktoren der höheren Fortbildungsanstalten, so sind sie entsetzt darüber, daß durch die immer höher geschraubten Bedingungen für den Besuch ihrer Schulen ihnen das so wertvolle Schülermaterial der Praktiker mehr und mehr entzogen wird. Sie erklären jedoch, dagegen nichts machen zu können, die Bestimmungen kämen vom Ministerium. Die Vertreter des Ministeriums wiederum erklären, daß sie gewissermaßen von den betreffenden Landesorganisationen dazu gedrängt werden. Was bleibt also übrig, als daß unsere Vertreter in den Parlamenten endlich einmal mit aller Deutlichkeit und Gründlichkeit regelnd eingreifen.

Betrachtet man die Entwicklung der Dinge im Rahmen des zurzeit geltenden Berechtigungswesens, so ist es nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß im Hinblick auf das einstmalige und angeblich auch jetzt noch existierende Ziel der Leistungsanerkennung wir uns allmählich von diesem Ziele immer weiter entfernen. Darüber täuschen auch Abendgymnasien und Aufbauschulen bei aller Anerkennung ihres Schaffens nicht hinweg. Was uns nottut, ist ein stärkerer Ausbau unserer Volksschulen und eine Aufstockung unserer Berufsschulen. Das würde auch gleichzeitig eine Freimachung des Weges nach unten hin bedeuten. Viele Jugendliche, die heute in der höheren Schule versagen oder sich schwer plagen müssen, manuell aber ganz hervorragend sind, würden dann den Weg zur praktischen Berufslehre viel ruhiger und unbedenklicher gehen. Ihnen ist ja dann im praktischen Beruf auch der Weg nach oben offen gelassen. Außerdem ist zu erwarten, daß dadurch die heute schon wieder stärker hervortretende geringere Einschätzung der Handarbeit endlich einmal ganz aufhört.

Man war sehr stolz darauf, daß im neuen Deutschland Landesprivilegien aufgehört haben. Nur das Können und die Leistungen sollten entscheiden. Ein einfacher Handwerker hat als erster Präsident die Geschichte des Reiches glücklich geleitet! — Wir sollten nach Kräften daran festhalten und uns daran hüten, durch augenblickliche wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Schwierigkeiten uns in alle, längst überwunden geltende Methoden hineindrängen zu lassen.

Opposition gegen Hugenberg.

Der Zwiespalt bei den Deutschnationalen.

Die „Hamburger Nachrichten“, das in Hamburg erscheinende Blatt, schreibt zur Errichtung der Diktatur Hugenberg:

„Auf der anderen Seite ist nicht zu leugnen, daß der deutschnationale Vorstand eine Zusammenziehung erfahren hat, die denjenigen mit gewisser Unruhe zu erfüllen geeignet ist, der von der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der deutschnationalen Volkspartei mit anderen bürgerlichen Parteien überzeugt ist. Es ist nicht zu leugnen, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, als ob Geheimrat Hugenberg seine Partei in der unbedingten Opposition unter grundsätzlicher Verneinung der Mitarbeit im Staat führen will. Man weiß, daß die Reichstagsfraktion einen erheblich anderen Standpunkt einnimmt, aber man weiß auch, daß Vertreter dieser Richtung leider nicht mehr im alten Ansehen im neuen Parteivorstand vertreten sind. Um so mehr wird es der neue Parteivorstand, der eine erheblich größere Macht in Händen hat als sein Vorgänger, sich vor Augen halten müssen, daß seine Anhänger im Lande ihn nicht auf seinen Posten gerufen haben, weil er radikale Reden zu halten verstand, sondern weil sie in ihm staatsmännische Fähigkeiten vermuten. Daß diese nur in der Mitarbeit am Staate zu erkalten sind, steht außer Zweifel, und es wäre ein Unglück, nicht nur für die Partei, sondern für das gesamte deutsche Volk, wenn diese Hoffnungen nicht verwirklicht würden.“

Das ist deutlich und enthüllt die großen Gegensätze, die zwischen der deutschnationalen Reichstagsfraktion und dem Hugenberg-Vorstand bestehen.

Quack-Lustig.

Soll der Haushaltsausschuß Filmgeschäfte nachprüfen?

Am Ausschuss für den Reichshaushalt entspann sich in der Diensttagung vor Eintritt in die Tagesordnung eine Geschäftsordnungsdebatte über kritische Äußerungen, die in einer der vergangenen vertraulichen Sitzungen des Ausschusses Abg. Dr. Quack (Dnat.) über den im Zusammenhang mit der Emelka genannten Herrn Quack wiedergegeben hatte. Herr Quack hatte sich in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Ausschusses gewandt und ihm Material zu seiner Rechtfertigung überlassen. Die Aussprache drehte sich um die Frage, auf welche Art das Material den Mitgliedern des Ausschusses und eventuell der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht werden soll. Abg. Dr. Quack stellte sich, daß er gegenüber einem Beauftragten des Herrn Quack bereit erklärt hatte, dessen Material zu prüfen, daß dies aber abgelehnt worden sei.

Der Ausschuss lehnte es ab, das dem Vorsitzenden überlassene Material des Herrn Quack entgegenzunehmen und überließ es dem Vorsitzenden, Herrn Quack auf sein zu beschreiben, sein Material solchen Mitgliedern des Ausschusses direkt zuzustellen, bei denen er ein Interesse an der Angelegenheit vermutet.

Es wurde dann die in der letzten Sitzung abgebrochene Debatte über die Zinsverbilligung für Exportkredit weitergeführt. Hierzu lagen zwei Anträge vor. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen erklärt sich mit der Gewährung der Zinsverbilligung für Darlehen an deutsche Exporteure einverstanden, mit der Maßgabe, daß die Zinsverbilligung einstweilen auf kriegsgefährdete Firmen (Liquidationsgefährdete, Gewaltgefährdete, Ausgleichsgefährdete) beschränkt werde. Der

Der Krach im Zentrum.

Eine Erklärung Stegerwalds.

„Unglückliche Umstände haben weitgehende Wirrung erzeugt“, heißt es in einem Aufsatz der „Germania“ über den Rührer Parteitag des Zentrums. Die Wirrung geht wirklich weit, und sie wird nach dem Parteitag eher noch größer; denn jetzt beginnt man die Schuldfrage zu erörtern. Herr Stegerwald veröffentlicht eine lange Erklärung gegen Angriffe, die in der Zentrumspresse gegen ihn erfolgt sind. Die Erklärung lautet:

„Gegenüber einer westdeutschen Zentrumszeitung stelle ich folgendes fest: Nicht ich habe in Köln die Zentrumsfraktion in eine schwierige Lage gebracht,

sondern die Zentrumsfraktion hat umgekehrt mit meine politische Arbeit für die Zukunft außerordentlich erschwert.“

Nicht um die „Diktatur einer Interessentengruppe“ ging es in Köln, sondern darum, wer am ehesten imstande erschien, den weiteren Abstieg der Zentrumsfraktion aufzuhalten und sie in den nächsten Jahren wieder zu einer geistigen, politischen und organisatorischen Geschlossenheit zusammenzuführen. Persönlich habe ich mich in keinem Stadium um den Vorsitz der Partei beworben; wahr ist vielmehr folgendes:

1. Nach dem Kasseler Parteitag vor drei Jahren haben starke Kräfte der Partei auf mich dahingehend eingewirkt, daß ich meine gewerkschaftlichen Bindungen drängen und mich ausschließlich politisch exponieren möchte; ich habe abgelehnt.

2. Nach dem Tode des Herrn Fehrendach suchte mich wieder nachdrücklich zu bestimmen, den Vorsitz der Reichstagsfraktion zu übernehmen; ich habe abgelehnt.

3. Im letzten Frühjahr sind kurz vor dem Wahlkampf der Herr Parteivorsitzende Marx und der Herr Fraktionsvorsitzende v. Guérard hintereinander schwer erkrankt; so ist mir, ohne mein Zutun und gegen meinen Willen, als stellvertretender Partei- und Fraktionsvorsitzender die Aufgabe zugefallen, Partei und Fraktion gleichzeitig im letzten Jahre zu führen.

4. Bei Wiederauftritt des Reichstags im November bat man mich erneut, die Wahl zum Fraktionsvorsitzenden endgültig anzunehmen. Ich lehnte wieder ab. Nach vielen Bepredungen, die sich um den Vorsitz der Fraktion und der Partei drehten, erklärte ich folgendes: Die Duplizität in den letzten zehn Jahren, monach ich auf der einen Seite stark parteipolitisch und auf der anderen Seite stark gewerkschaftlich exponiert war, lehne ich für die Zukunft ab. Ich gehöre künftig entweder ganz den Gewerkschaften oder ganz der Partei. Exponiere ich mich rein politisch, dann bin ich genötigt, den Vorsitz im Deutschen Gewerkschaftsbund und im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, im Aufsichtsrat der Tageszeitung „Der Deutsche“, im Aufsichtsrat der Deutschen Volksbank, im Aufsichtsrat des Deutschen Versicherungskonzerns (beides Millionenunternehmungen), den Einfluß auf die große christliche Gewerkschaftsschule in Königswinter usw. aufzugeben. Das tue ich nur in dem Falle, wo ich eine größere Aufgabe als in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gestellt werde. Die bloße Übernahme des Vorsitzes in der Fraktion oder die Übernahme des ersten Ministeriums sind als geringere Aufgabekreise anzusehen. (Auch die Übernahme des ersten Ministers der Konföderation der christlich-nationalen Arbeiterbewegung), als der in meiner gegenwärtigen Stellung.

Die deutsche Politik im allgemeinen und die Zentrumspolitik im besonderen kann ich auch dann stärker beeinflussen, wenn eine große Bewegung hinter mir steht und ich nicht Vorstehender einer Reichstagsfraktion oder überhaupt Inhaber eines Mandates bin.

Nur in der gleichzeitigen Führung der Fraktion und der Partei sehe ich eine größere Aufgabe als meine bisherige Tätigkeit.

Nur in diesem Falle bin ich bereit, meine gewerkschaftliche Führungsfunktion dranzugeben, um mich dann dem politischen und parlamentarischen Leben ausschließlich zu widmen.

Diese Sachlage bildet den Hintergrund dafür, daß der Partei-

Reichshaushaltsausschuß will sich vorbehalten, bei der Beratung des Reichshaushalts für 1929 zu prüfen, ob und inwieweit die Maßnahme über den Kreis der vorgenannten Firmen auszudehnen sei. Der sozialdemokratische Antrag will die Zinsverbilligung auf einen Betrag von 500 000 Mark, der in den Reichshaushalt 1929 eingelegt werden soll und nur für wiederanzubauende exportierende Liquidationsgefährdete beschränkt. Der Antrag wurde ausführlich vom Genossen Schöpflin begründet. Der Inhalt der Debatte und die Abstimmung über die Vorlage des Wirtschaftsministeriums und die beiden genannten Anträge soll nun endlich in der Sitzung vom Mittwoch erfolgen.

Erminister Klotz als Scheckfälscher.

Antrag auf Aufhebung der Immunität.

Paris, 11. Dezember.

Im Senat gab heute Präsident Doumer bekannt, daß ein Antrag auf Strafverfolgung gegen einen Senator gestellt worden ist. Dieser Antrag wird, wie üblich, einem besonderen Ausschuss zur Beratung überwiesen werden. Nach Havas handelt es sich um die Strafverfolgung, die von der Staatsanwaltschaft gegen Senator Klotz eingeleitet wurde, den ehemaligen Finanzminister des Kabinetts Clemenceau, der, wie bereits berichtet, sich in eine Nervenklinik geben hat, und der Schecks ausgegeben haben soll, die ohne Deckung waren und daher von den betreffenden Banken nicht ausbezahlt wurden. Nach dem „Temps“ lautet die Anklage auch auf Fälschung.

Zum ersten Fall soll die Staatsanwaltschaft von einem Industriellen auf die Verschlingen des Senators Klotz aufmerksam gemacht worden sein. Klotz hatte diesem zwei Schecks in Höhe von 215 000 Franken für ein Automobil in Zahlung gegeben, die aber ohne Deckung waren; was die Fälschung betrifft, so hatte sich der Gouverneur der Bank von Frankreich an den Finanzminister gewandt mit dem Hinweis, daß Wechsel mit der gefälschten Unterschrift einer bekannten Pariser Firma vertrieben worden seien.

Von Klotz, dem ehemaligen Finanzminister unter Clemenceau und Mitglied der französischen Friedensdelegation, stammt die in ihrer Brutalität und Einfältigkeit berühmte geübte Parole: „Der Boche wird alles bezahlen müssen!“ Hat er sich etwa die Anwendung dieses Schlag-

wortes so gedacht, daß die Deutschen auch für seine späteren Spielverluste und gefälschten Schecks geradestehen müßten?

Es entbehrt übrigens nicht eines gewissen Reizes, daß das historische Dokument von Versailles auch die Unterschrift eines Scheckfälschers trägt.

Kum ist Klotz in die klassische Nervenklinik La Malmaison bei Paris abgeschoben worden, in der die führenden Politiker Frankreichs zu landen pflegen, bei denen sich Geistesstörungen einstellen. Dieses Sanatorium hat in den letzten Jahren verschiedene bekannten Staatsmännern als letzte Wohnstätte gedient, darunter einem anderen französischen Benennungsmächtigen in Versailles, dem damaligen Außenminister Stephen Pichon, der dort als Geisteskranker gestorben ist.

Nach den Trozkisten die Rykowaner.

Verhaftung eines führenden Rechtsoppositionellen.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ meldet, ist auf Befehl der GPU in Saratow der Vorsitzende des Ballungsamtes des örtlichen Gouvernements Rimow verhaftet worden. Der Verhaftete soll in geheimen Beziehungen zu der Rechtsopposition gestanden und ihnen Geldmittel zur Verfügung gestellt haben, die aus der Staatskasse stammten, zwecks Propaganda gegen Stalin. Die Verhaftung hat in Moskau großes Aufsehen erregt.

Unanulich endgültig Sieger? Wie aus den letzten aus Kabul eingetroffenen Meldungen hervorgeht, scheint der Zustand der Schimmaristämme völlig niedergeworfen und König Amanullah Herr der Lage zu sein. Die Regierung von Afghanistan hat alle möglichen Maßnahmen getroffen, um die Handelsstraßen von Kabul nach Peshawar vor der Wiederehrung ägyptischer Heereszüge zu sichern. Kabul selbst ist mit Lebensmitteln völlig versorgt; das Leben in der Hauptstadt hat wieder sein normales Gepräge erlangt.

Die Äußerungen Dr. Hainlachs, die wir am Sonntag mit Vorbehalt wiedergegeben haben, sind nach ungenannt „amtlicher“ Wiener Berichterstattung ungenau wiedergegeben. Es wird gleichzeitig mitgeteilt, daß Hainlach bei seinem Scheiden aus dem Amt eine offizielle Ansprache halten wird. Keineswegs hatte er sich über die Vorfälle der letzten Zeit abfällig äußern wollen. Die Übergabe der Unterredung war dem Bundespräsidenten Dr. Hainlach vor der Veröffentlichung nicht vorgelegt worden. Wir haben das insofern vermuthungsweise ausgeprochen.

Reichsgericht!

Stressenote als Strafverleumdungseinrichtungen für schlechte Juristen!

Der Strafgesetzausschuss beschloß gestern mit dem einen Mitschnitt des Besetzungsworts, der die Angriffe gegen die republikanische Staatsform und verfassungsmäßige Körperlichkeiten betrifft.

Zum § 101, der demjenigen Gefängnis androht, der öffentlich die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft, beantragte Abg. Rosenfeld (Dnat.) die Streichung der Worte „republikanisch“.

Abg. Rosenfeld (Soz.) erklärte für die sozialdemokratische Forderung, daß sie der republikanischen Staatsform und den verfassungsmäßigen Körperlichkeiten jeden notwendigen Schutz gewähren wolle. Er dürfe aber nicht annehmen, daß besonders scharfe Strafmaßnahmen besonders geeignet seien, zugunsten der geschützten Einrichtungen besondere Erwerbungen zu erwirken. Reichsminister Koch wendet sich gegen den deutschnationalen Antrag auf Streichung der Bezeichnung der geltenden Staatsform als eine republikanische. Er glaube an keine andere Staatsform als die, die verfassungsmäßig festgelegt sei. Diese muß geschützt werden. Wer an der Republik festhalte, könne sich nicht auf den Schutz dieses Antrags stellen. Er stimme Dr. Rosenfeld darin zu, daß es bedauerlich sei, daß das Reichsgericht in dem Urteil über die Besetzungswörter keine Beschimpfung der Republik gesehen habe. Beim Schutz der Regierung und Parlamente reiche der Besetzungswortparagraf im allgemeinen aus. Die sozialdemokratische Forderung sei nur bereit, die republikanische Staatsform und den Besetzungswörtern unter besonderen Schutz zu stellen.

Justizminister Koch wendet sich gegen den deutschnationalen Antrag auf Streichung der Bezeichnung der geltenden Staatsform als eine republikanische. Er glaube an keine andere Staatsform als die, die verfassungsmäßig festgelegt sei. Diese muß geschützt werden. Wer an der Republik festhalte, könne sich nicht auf den Schutz dieses Antrags stellen. Er stimme Dr. Rosenfeld darin zu, daß es bedauerlich sei, daß das Reichsgericht in dem Urteil über die Besetzungswörter keine Beschimpfung der Republik gesehen habe. Beim Schutz der Regierung und Parlamente reiche der Besetzungswortparagraf im allgemeinen aus. Die sozialdemokratische Forderung sei nur bereit, die republikanische Staatsform und den Besetzungswörtern unter besonderen Schutz zu stellen.

Abg. Alexander (Komm.) kritisiert die zweierlei Rechtsprechung gegen rechts und links und wendet sich gegen den Besetzungswortparagrafen.

Abg. Wunderlich (D. Sp.) tritt für Einschränkung der Bestimmungen des Besetzungsworts ein.

Abg. Hanemann (Dnat.) beantragt, auch die Gerichte in die Besetzungswörter aufzunehmen, deren Beschimpfung unter Strafe gestellt wird.

Warum das Reichsgericht verlagert.

Abg. Lobe (Hsp. d. Dem.) hebt hervor, daß das Verbot von Beschimpfungen kein Schutz der Republik bedeute. Solange aber die jetzige Verwilligung bestehe, die sich in Beschimpfungen der Regierung äußere, sei ein strafrechtlicher Schutz notwendig. Schuld an manchen falschen Urteilsprüchen sei die Mitwirkung der Juristen, die zu falschen Feststellungen führe. Man müsse sich auch zurückfragen, daß Besetzungswörter mal so mal anders ausgelegt würden. Das Wort Jude sei kein Schimpfwort. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die Rechtsprechung des Reichsgerichts in Hoch- und Landesverratsachen oft unrichtig sei, so beruhe dies darauf, daß die neuen Richter, die an das Reichsgericht kämen, mit solchen Sachen befaßt würden, ohne daß sie besondere Erfahrungen in Strafverfahren besäßen.

Es fehle es als eine Strafverleumdung auf, wenn sie statt die Revisioninstanz an einen Strafenot kämen, dessen Tätigkeit die Beschäftigung mit Hoch- und Landesverratsachen sei. Solche Juristen verstanden wenig vom Strafrecht, und das werte sich in der Rechtsprechung aus.

Abg. Rosenfeld wendet sich gegen den deutschnationalen Antrag, die Gerichte unter besonderen strafrechtlichen Schutz zu stellen. Wenn überhaupt etwas zur Verbesserung der Justiz führen könne, so sei es die Kritik an der Rechtsprechung. Es bestehe aber die Gefahr, daß solche Kritik unterbunden würde, wenn jede Beschimpfung von Gerichten unter besondere Strafe gestellt werde. Herr Lobe habe versucht, den Besetzungswortparagrafen die Schuld an solchen Urteilen zuzuschreiben. Das müsse entschieden zurückgewiesen werden. Soweit Kritik der Besetzungswörter in der Rechtsprechung nicht. Wie kann davon gesprochen werden, daß das Wort Jude ein Schimpfwort sei? Die Absicht der Besetzungswörter sei doch klar erkennbar, wenn dies Wort einem anderen zugebracht werde. Wenn aber gar ein Verdächtiger werde: „Wir brauchen keine Judenrepublik“, so sei doch klar, daß das nur beleidigend und beschimpfend gemeint sein könnte. Die Ausführungen des Herrn Lobe über die Zusammenlegung des Reichsgerichts seien geradezu Entstellungen über die augenblickliche Mißstände. Denn diese Art der Verteilung der Reichsgerichtsräte auf die einzelnen Senate müsse sich natürlich gegen die Angeklagten ungünstig auswirken, die die Opfer derartiger Methoden der Zusammenlegung des Reichsgerichts seien.

Wenn die schlechtesten Richter in Hoch- und Landesverratsprozessen Urteile zu sprechen hätten, dann sei die bedauerliche Praxis des Reichsgerichts allerdings erklärlich. Diese Zustände müßten schnelligt beseitigt werden.

Oberreichsanwalt Ebermayer versucht die Enthüllungen des Abg. Lobe abzuschwächen, indem er hervorhebt, daß es wohl hin und wieder vorkäme, daß einer der Reichsgerichtsräte, die sich bis dahin nicht mit Strafverfahren beschäftigt hätten, in den Strafenot kämen. Man dürfe aber nicht von einer Strafverleumdung reden.

Abg. Herzog wendet sich ebenfalls gegen Lobes Bemerkungen. Es würde gefährlich sein, wenn die Auffassung entstehen würde, daß das Reichsgericht allgemein so sei, wie Lobe mitgeteilt habe. Es überdies liegen in der Zusammenlegung des Reichsgerichts große Schwierigkeiten, die richtigen Männer in den richtigen Stellen zu bringen. Das Vorschlagsrecht der Länder müsse bekräftigt werden. Auf diesem Gebiet sei es, obgleich er sonst Jüdenhass sei, für eine Stärkung der Reichsgewalt.

Nächste Sitzung am Donnerstag, dem 13. Dezember 1928.

Streitmann hatte gestern nachmittag in Lugano eine längere Unterredung mit Russolinis Abgeordneten Grandi. Grandi konfessierte mit Boldermann.

Die lästerliche Gasmaske.

Redungen Da Gericht erblickte in der Darstellung des Getreuzigen mit Gasmaske in Götterbildung und beurteilte den Kaiser George 607 zu 2000 Mk. Geldstrafe. In Frankfurt a. M. warfen Gatenkreuzer bei einer Aufführung von Danceneren, Eben werden im Himmel geschossen, Stillschönen auf die Bühne...



„Wenn die Menschen noch viel solchen Gestank machen, werde ich trotz allem zur Gasmaske greifen müssen...“

Gasriegeldebatte im Reichstag.

Änderungen in der Unfallversicherung.

Der Reichstag hat am Dienstag nachmittag den letzten Logungsabschnitt vor Weihnachten begonnen. Erster Verhandlungsgegenstand ist die erste Beratung des Genfer Protokolls wegen Verbot des Gasriegels.

Abg. Stoeker (Komm.): Das Genfer Protokoll ist eine Heuchelei. Die imperialistischen Mächte denken nicht daran, auf den Gasriegel zu verzichten, der schon 1869 und 1907 international verboten wurde. Im Weltkrieg hat der Giftgasriegel Organe zerstört. Das aber war nur ein Kinderpiel gegen die Schrecken eines neuen Krieges, die sich keine Phantasie ausmalen kann. Ueberall wird zum Gasriegel gerufen. (Rufe: Ruhsch!) Die russischen Arbeiter und Bauern in Asien sind mit einem Giftgasriegel gegen die imperialistischen Mächte wehren. Die Kaufmänner über London haben gezeigt, daß ein Schutz gegen Bombenwürfe nicht besteht, von den 100 Flugzeugen wurden nur 12 gestrichelt. Die deutschen Flugzeuge sind gleichfalls zum Gasriegel bestimmt. Die Hamburger Giftgasstatastrophe mit ihren Dutzenden Toten und 300 Verletzten war nur ein kleines Beispiel dafür, daß überall in Deutschland Giftgaslager angelegt sind. Unsere Freunde in Hamburg haben endlich ein Gasbombenlager entdeckt. Wir legen eine Handgranate aus der Ebbingher Schützenmarke auf den Tisch des Hauses. — Der Redner schlägt mit der Faust auf's Tisch. Auf dieses Zeichen hin legen die Kommunisten eine Granate auf den Tisch des Hauses.

Abg. v. Epp (Nat.-Soz.) Rede der Kommunisten: „Arbeiter-schächter von München“, „Kochbuch“, „Fleiger Schächter!“. Ich habe keine Arbeiter geschaltet, sondern als Führer einer Truppe im Auftrag der Reichsregierung mit dem mir gemieteten Ziel gekämpft. Als Soldat mußte ich das. (Erneute Rufe der Kommunisten.) Mit der Gasriegelbestimmung des Protokolls bin ich ganz einverstanden. Der englische Premierminister Baldwin hat die ganze Erklärung als den größten Schwindel bezeichnet, der je vorgekommen ist; darunter fällt auch dieses Protokoll. Es schließt unser kleines Heer nicht vor dem Gasriegel. Für den Gasriegel unseres Volkes ist noch gar nichts getan. Wir stimmen zwar für das Protokoll, aber wir sind uns klar, daß es den Schutz unseres Volkes nicht verbürgt; den müßten wir selbst schaffen. Wie Ruhschland tut, sollten wir uns zum Muster nehmen.

Damit ist die erste Beratung beendet. Es folgt die zweite, in der das Wort nicht verlangt wird. Unmittelbar vor ihrer Einladung wird das Gesetz wegen eines Zusatzantrages der Nationalsozialisten, die Bewilligung von 10 Millionen Mark für Gasriegelmittel der Bevölkerung einzufügen, dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Einige handelspolitische Staatsverträge gehen an den zuständigen Ausschuss, ein Vorlage auf weitere Entlohnung des Reichsgerichts an den Rechtsauschuss. Der Staatsvertrag betr. den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich wird ohne Debatte verabschiedet.

Änderungen in der Unfallversicherung.

Es folgt das Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung. Durch das Gesetz werden Feuerwehren, Kranken- und Kuranstalten, Schauspielmieternachmittagen, Rundfunkanstalten, das Rote Kreuz, Großküchenbetriebe usw. in die Unfallversicherungspflicht einbezogen.

Abg. Luise Schröder (Soz.):

Erfreulich schnell nach ihrer Ernennung hat die neue Regierung dieses Gesetz vorgelegt, das wir längst gefordert haben. Die Ausschussberatungen haben die uns unerträglichen Ausnahmen aus dem Gesetz entfernt und neue Betriebe eingeschloß. Nicht nur das Krankenpersonal in Anstalten, sondern der gesamte öffentliche und private Gesundheitsdienst wird einbezogen, so Ambulatorienpersonal, Hebammen, des Wohlfahrtsdienstpersonal. Wir wünschen, daß auch die ehrenamtlich tätigen Helfer und Helferinnen hinzukommen und bitten um eine Befestigung durch die Reichsregierung. Ebenso wie die Lebensretter müssen auch die ehrenamtlichen Helfer einbezogen sein. Wir wünschen eine einheitliche Unfallversicherungsanstalt für Gesundheits- und Wohlfahrtspflege und Rettung der „Hausfunktionen“. Erfreulich ist die Einbeziehung des Heberwachtungspersonals von Bauten und Betrieben. Wenn auch nicht das gesamte Gas- und Schankgewerbe, so ist doch ein erheblicher Teil eingeschlossen, besonders auch das Verwaltungen und kaufmännische Personal. Es wird nicht mehr Abweisung möglich sein, weil der Unfall in einem nicht versicherungspflichtigen Teil des Betriebes erfolgt ist. Wir begrüßen

diesen Fortschritt, für den wir seit Jahren gekämpft haben, und der unter dem Bürgerblock nicht zu erzielen war. Wir werden weiter kämpfen, bis wir erreicht haben, daß alle Berufe und alle ihre Angehörigen gegen Unfall versichert sind. Möge die Reichsregierung baldigt eine entsprechende Gesetzesvorlage dem Reichstag vorlegen. Gerade die unmodernen Kleinbetriebe bringen heute die größten Gefahren für die Beschäftigten mit sich. Kori mit dem zweierlei Versicherungsrecht und her mit der Unfallversicherung der Hausangestellten, die seit über 18 Jahren darum kämpfen. Die Unfallgefahr im Haus ist durch das Vordringen der elektrischen Apparate erhöht.

Unbegreiflich ungerührt ist die Berechnung der Unfallrenten zum Schauen, die vor langen Jahren gelten, so daß sich nur Renten von 30 Mk. im Monat gezahlt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir fordern in einer Entschloßung, daß die Reichsregierung die Renten auf Grund der jetzigen Lohnverhältnisse neu festsetze. Hoffentlich ist die Zeit nicht fern, wo alle Arbeiter und Angestellten in die Unfallversicherung einbezogen sind. (Beif. Beifall h. d. Soz.)

Abg. Gol (Dnat.) bemängelt die Vorlage als zu weit gehend. Sie werde Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit fördern und die Vorzüge für den eigenen Schutz zurückdrängen lassen. Die Erweiterung der Vorlage durch den Ausschuss ist für uns unannehmbar. Er begründet einen Antrag, wiewohl in versicherungspflichtigen Betrieben die Angestellten nicht versicherungspflichtig sein sollen.

Abg. Schmitt-Warfenburg (Komm.): Das Gesetz bringt einige kleine Verbesserungen, ist aber nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die rasch anwachsenden Unfallzahlen zeigen die Notwendigkeit viel stärkerer Abhilfe. Der Redner empfiehlt die Annahme seiner Vorlage.

Abg. Töle (D. Sp.): Man wird doch nicht das ganze Personal unversicherungspflichtig machen, weil der Fahrtenführer es ist. Um hergeleitete zu vermeiden, stellen wir einen Antrag, der eine die Unterwerfung der Berliner Bureaus eines westlichen Industriekonzerns verhindern will.

Gegenüber dem Abg. Gol stehe ich fest, daß die deutschnationalen Partei im Wahlkampf das gefordert hat, den sie sich von abwehrte.

Für den Antrag des Herrn Gol werden sich die deutschnationalen Angehörigen bedanken. Die Angestellten der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten sind bereits sehr gut versichert, die Städte sind gegen diese neue Versicherung, die ihnen entzogen ist.

Ministerialdirektor Dr. Otletier gibt im Namen der Reichsregierung die von Frau Schröder gewünschte Zusage wegen Einbeziehung der ehrenamtlichen Wohlfahrtspflege.

Damit schließt die Besprechung. Mittwoch 3 Uhr: Erhöhung des Zuckersolls. — Abstimmung über die Unfallversicherungsnotelle. Schluß 6 Uhr.

Berufsbliche Arbeitslosigkeit.

Die Verhandlungen im Ausschuss.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags trat am Dienstag zur Beratung der Regierungsvorlage über eine Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit zusammen. In der einleitenden Aussprache erklärte Abg. Müller-Veltenberg (Soz.), daß seine Fraktion sich auf den Boden der Regierungsvorlage stelle. Sie befände sich damit in Übereinstimmung mit den beteiligten Gewerkschaften der Bauarbeiter, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Gärtner und der sonstigen Saisonarbeiter, von denen dem Reichstag zahlreiche Kundgebungen vorliegen. Der außerdem noch vorliegende, von der Regierungsvorlage abweichende Antrag, der in Vorberathungen der Regierungsparteien entstanden ist, könne schon deshalb nicht aufrechterhalten werden, weil in ihm die Unterscheidung zwischen Stadt und Land durch die Bestimmung einer Einwohnergrenze von 100 000 Einwohner getroffen werde. Danach würden alle Städte und industriellen Orte unter 100 000 Einwohnern dem höchsten Stande gleichgestellt und die beteiligten Saisonarbeiter aufs höchste geschützt. Die übrigen Regierungsparteien beantragten Verzicht, um in den Fraktionen nochmals Stellung nehmen zu können. — Weiterberatung Mittwoch.

